

Stiftung Zukunftsrat (Hg.)

Haushalten & Wirtschaften

**Bausteine für eine zukunftsfähige Wirtschafts-
und Geldordnung**

Rüegger Verlag

prohelvetia

Publiziert mit freundlicher Unterstützung der Lotteriefonds
der Kantone Bern und Graubünden.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind im
Internet über <https://portal.d-nb.de/> abrufbar.

© Rüegger Verlag, Zürich/Chur 2012
www.rueggerverlag.ch
info@rueggerverlag.ch

Fotos © Luca Etter, Cudrefin VD

ISBN: 978-3-7253-0993-1
Gestaltung: Rüegger Verlag
Druck: Südostschweiz Presse und Print AG

Vorwort

Unsere Gesellschaft bewegt sich mit ihrer Wirtschaftsweise auf nicht fortführbaren Entwicklungspfaden. So hat sich in der Schweiz etwa der Energieverbrauch seit 1950 versechsfacht und beruht zum grossen Teil auf den nicht erneuerbaren Energieträgern Erdöl und Uran. Die Anzahl Autos ist von 150 000 auf über vier Millionen angestiegen. Damals zählte man knapp 300 000 Flugpassagiere, heute sind es gegen 40 Millionen. Die verbaute Bodenfläche hat sich verdoppelt. Seit den Siebzigerjahren öffnet sich die Schere zwischen Arm und Reich zusehends – trotz ansteigendem Reichtum. Es gibt eine wachsende Sockelerwerbslosigkeit auch in der Schweiz. Und schliesslich haben die mangelnde Regelung und die fehlende Transparenz darüber, was mit Geld getan werden darf und was nicht, zur gegenwärtigen Finanzkrise geführt.

Wie sieht ein Haushalten & Wirtschaften aus, das längerfristig tragfähig – zukunfts-
fähig – ist?

Dieser Frage haben sich sechzig Sachverständige, ausgewiesene Fachleute aus Wirtschaft, Verwaltung, Bildung, Politik, NGOs, Initiativgruppen und Kirchen, gestellt – im Rahmen der der Nationalen Konferenz HAUSHALTEN & WIRTSCHAFTEN – Bausteine und Rahmen für eine zukunftsfähige Wirtschafts- und Geldordnung, vom 16. bis 18. Januar und 30. Januar bis 1. Februar 2012, auf dem Gurten bei Bern.

Ihre Überlegungen, Vorschläge und Initiativen, die sie, meist im Rahmen von Workshops und im freien Gespräch, eingebracht und zur Diskussion gestellt haben, sind in diesem Buch in der Form kurzer, lebendiger Texte versammelt. Die Autorinnen und Autoren haben sie im Anschluss an die Konferenz verfasst.

Engagiert und sachkundig – aus vielen ersten Händen! – führen die Texte direkt in die Kernfragen und zu den vielen Schauplätzen unseres Haushaltens & Wirtschaftens. Dieses ist aufgrund der hochgradigen Arbeitsteilung und der Globalisierung – lokale, regionale, nationale, internationale und globale Wirtschaftsakteure arbeiten und agieren auf engstem Raum nebeneinander – sehr vielfältig und kompliziert geworden. Die Texte versammeln eine Fülle von Informationen aus erster Hand und laden dazu ein, selber zu erkunden, wie weit man die dargelegten Überlegungen und Vorschläge teilt.

Das Buch erschliesst, wie weit wir auf dem Weg weg vom bisher dominanten Wirtschaften des «Immer-Grösser-Weiter-Schneller-Mehr» hin zu einem langfristig tragfähigen Haushalten bereits sind. Anhand von Analysen, neuen Leitideen, guten Beispielen und Initiativen zieht es das Gespräch über die künftigen Entwicklungspfade unserer Gesellschaft weiter – mitten aus dem Wirken und dem Engagement der Autorinnen und Autoren heraus. Sie führen dieses Gespräch differenziert à jour und laden Leserinnen und Leser damit dazu ein, sich daran zu beteiligen.

Robert Unteregger
Mitgründer und Geschäftsleiter der Stiftung Zukunftsrat

Inhaltsverzeichnis

Eine (Wirtschafts-)Gesellschaft in rasanter Veränderung

Die Dimensionen der Veränderung <i>Robert Unteregger</i>	11
Die Schweiz in der Globalisierungsfalle? <i>Peter Hablützel</i>	14
Soziale Ungleichheit <i>Ueli Mäder</i>	20
Die Schweiz, ein immerwährendes Gespräch. Anforderungen an eine Transformation zu einer nachhaltigen Entwicklung & die Rolle von Wissenschaft und Bildung <i>Jürg Minsch & Thomas Flüeler</i>	23
Internationaler Handel und Kapitalverkehr – Auswege aus der Zwangsjacke <i>Peter Niggli</i>	28

Leitideen – tragfähiges Haushalten

Umriss einer inhaltsstarken Volkswirtschaftslehre mit der Ziellandschaft eines Sozialen Liberalismus, theoretisch reflektiert <i>Heinrich Bortis</i>	36
Die Ökonomie der Geburtlichkeit <i>Ina Praetorius</i>	39
Wertschöpfung und Werterhalt diesseits der Geldmärkte <i>Andreas Hofmann-Dally</i>	42
Sinn und Orientierung. Suche nach einem tragenden Wertboden von morgen <i>Thomas Wallimann</i>	46
100 Prozent erneuerbare Energie für die Schweiz <i>Rudolf Rechsteiner</i>	50
Faktor 5 (Kerngedanken aus dem Input-Referat) <i>Ernst Ulrich von Weizsäcker</i> ..	54
«Besser ein Gericht von Gemüse mit Liebe, als ein gemästetes Rind mit Hass» <i>Thomas Staubli</i>	56
Wachstum?! – Was soll wachsen, was schrumpfen, und wie? – Nach-Gedanken zum Podiumsgespräch <i>Robert Unteregger</i>	59
Kaufbefehle verweigern <i>Urs P. Gasche</i>	61
Wie viel Wohnraum braucht der Mensch? <i>Hansjörg Siegenthaler</i>	64
Suffizienz – zurück in die Steinzeit? <i>Markus Kunz</i>	67
De nouveaux indicateurs de bien-être: le pari de la croissance qualitative – 12 thèses <i>Otto Schäfer</i>	70

Die «Ordnung der öffentlichen Finanzen» ist ein wesentlicher Baustein einer zukunftsfähigen Wirtschafts- und Geldordnung <i>Arbeitsnotiz zum Workshop</i> .	73
Grenzbestimmung Wirtschaft – Staat <i>Dagobert Kuster</i>	78
Entwicklungspolitische Impulse <i>Martin Fässler</i>	81
Grenzerkundung zum Wirtschaften von Männern und Frauen <i>Zita Küng und Ursula Knecht-Kaiser</i>	84
Berufsbildung – der Schlüssel zum Wohlstand und zur Verhinderung von Armut <i>Rudolf Strahm</i>	88
Die Zukunft der Arbeit könnte jenseits der Erwerbsarbeit liegen <i>Theo Wehner</i>	93
Technische Innovationen – was für welche und wozu? <i>Peter Zeller</i>	96
Veränderungen in Boden- und Stoffhaushalt <i>Karin Baumgartner-Hägi</i>	100
Boden- und Immobilienpolitik – eine vernachlässigte Kernaufgabe <i>Jacqueline Badran</i>	103
Raumplanung im Spannungsfeld zwischen sachlich begründetem Handlungsbedarf und politisch eingegrenzten Handlungsmöglichkeiten <i>Daniel Wachter</i>	107

Leitideen – Geldordnung

Paradigmenwechsel: Vom Finanzmarkt zum Service public – Geld als Teil einer zuverlässigen Infrastruktur <i>Philippe Mastronardi</i>	115
Transformation zu einem nachhaltigen Finanzsystem <i>Antoinette Hunziker-Ebnetter</i>	118
Les formes durables de la finance contre l'empire de la liquidité <i>Jean-Michel Servet</i>	123
Derivative Finanzprodukte und ihre Systemrisiken <i>Marc Chesney</i>	127
Eine neue Weltordnung erfordert nachhaltige Anlagekonzepte <i>Burkhard Varnholt</i>	135

Einzelne Handlungsfelder

Selbstregulierungs-Initiativen in der globalisierten Welt <i>Thomas Christ</i>	149
Erfolgsmodell Genossenschaften: die Migros-Idee lebt <i>Ursula Nold</i>	153

Grüner und fairer Konsum – für kleine Fussabdrücke im Konsum-Dschungel <i>Prisca Birrer-Heimo</i>	157
Soziale Absicherung – Finanzierung ohne Wirtschaftswachstum? <i>Ludwig Gärtner</i>	160
Talente-Vorarlberg – ein Komplementärwährungsansatz <i>Rolf Schilling</i>	163
Unternehmen für eine Nachhaltige Marktwirtschaft <i>Nick Beglinger</i>	165
Verkehrsentwicklung und Prognosen: Ein Umdenken ist erforderlich <i>Peter Saxenhofer</i>	173
Beginn der Nacherdölzeit – Wer soll / kann heute schon etwas tun? <i>Peter Niggli</i>	175
«Oil of Emmental» als Energievision für die Zukunft <i>Josef Jenni</i>	179
Passivhausbau – am konkreten Beispiel eines Gewerbepassivhauses in den Alpen, und eine nationale Projektidee <i>Josias F. Gasser und Robert Unteregger</i>	186
Appel des enseignants et chercheurs: «Renouveler la recherche et l'enseignement en finance, économie et gestion pour mieux servir le bien commun» <i>Workshop organisé par Marc Chesney et Marie-Françoise Perruchoud-Massy</i>	192
Für die Einführung eines Studium generale <i>Luc Saner</i>	196
Gemeiner Dienst – Zivildienst von Beginn neu denken <i>Zita Küng</i>	199

(Volks-)Initiativen

Der Verleitung zur Spekulation gesetzlich vorbeugen <i>Viktor Parma</i>	205
Eine neue Finanzmarktverfassung <i>Philippe Mastronardi</i>	210
Für eine solidarische und gerechte Existenzsicherung: die Allgemeine Erwerbsversicherung AEV <i>Ruth Gurny</i>	214
Für eine Wirtschaft, die sich im Kreis dreht! <i>Bastien Girod</i>	217
Die Initiative «Neue Arbeitsplätze dank erneuerbaren Energien»	220
Prüfung zur Einführung einer ökologischen Steuerreform durch den Bund ...	221
Die Initiative «für den öffentlichen Verkehr»	222
Die Initiative «gegen die Abzockerei»	223
Die Initiative «1:12 – für gerechte Löhne»	224
Die Initiative «für den Schutz fairer Löhne»	225

Die Initiative «Millionen-Erbenschaften besteuern für unsere AHV»	226
Die Initiative «für die Offenlegung der Politiker-Einkünfte»	227
Die Initiative «für ein bedingungsloses Grundeinkommen»	228

Das WirtschaftsManifest

<i>Stiftung Zukunftsrat</i>	229
-----------------------------------	-----

Anhang

Konzept für einen nationalen Zukunftsrat für Geld & Wirtschaft	239
Zur Entstehung der Konferenz	242

Soziale Ungleichheit

von Ueli Mäder

Soziale Ungleichheit liegt vor, wenn Mitglieder einer Gesellschaft oder mehrerer Gesellschaften dauerhaft in unterschiedlichem Mass über notwendige oder begehrte Güter verfügen. Es geht dabei nicht einfach um individuelle Unterschiede wie Grösse, Hautfarbe oder körperliche Kraft, sondern um die Verteilung von Wohlstand, Ansehen und Macht. Und diese Kapitalien sind in der Schweiz sehr ungleich verteilt.

Wer regiert die Schweiz? So titelte Hans Tschäni (1983) seine Studie, die viel Aufsehen erregte. Tschäni kritisierte die wirtschaftlichen Kartelle, die Selbstaufsicht der Banken und die Verflechtung des Staates mit den Verbänden. Er beschrieb, wer mit welchem Auftrag im Parlament politisierte und wie die «Filzokratie» demokratische Prozesse unterlief. Was Tschäni erhellte, zeigt sich auch heute. Das Finanzkapital und die Grossindustrie verfügen über viel Macht. Es gelingt ihnen, Teile der politischen Legislative zu übergehen oder zu vereinnahmen. Und die Exekutive verhält sich oft schwach gegenüber wirtschaftlich Starken und stark gegenüber sozial Benachteiligten. Etliche Beispiele belegen diesen Befund. Gleichwohl wissen wir noch viel zu wenig über das Zusammenspiel zentraler Machtgefüge. Eine erste Annäherung versuchten wir in unserer Studie «Wie Reiche denken und lenken» (Mäder, Aratnam, Schilliger 2010), die wir nun weiter vertiefen und auf die Frage konzentrieren, wer in der Schweiz seinen Einfluss wie wahrnimmt. Dabei interessiert auch, ob die Politik im Kontext der Finanzkrise und der Konzentration des Reichtums wieder eigenständiger agiert.

Ein Prozent der privaten Steuerpflichtigen verfügt heute in der Schweiz über mehr steuerbares Nettovermögen als die übrigen 99 Prozent (Credit Suisse 2010). Seit den 1980er-Jahren driftet die soziale Ungleichheit in der Schweiz stärker auseinander als in fast allen andern Ländern der Welt. Die Vermögen der 300 Reichsten stiegen (trotz Verlusten durch die Finanzkrise) von 86 Milliarden im Jahr 1989 auf 489 Milliarden Franken im Jahr 2011 (Bilanz, 2. 12. 2011). Schweizer Banken verwalten über 4 000 Milliarden Franken private Vermögen. Gut die Hälfte davon kommt aus dem Ausland. Mit einem Marktanteil von 27 Prozent ist die Schweiz der grösste Offshore-Finanzplatz der Welt. Ein Offshore-Finanzplatz ist eine Steueroase mit hoher Vertraulichkeit, aber wenig Aufsicht und Regulierung. Dabei erweist sich die politische Stabilität als zentral; zusammen mit der Verschwiegenheit und Bereitschaft einzelner Banken, Steu-

erhinterziehung zu akzeptieren. Die Schweiz nimmt auch bei den direkten Investitionen im Ausland mit 632 Milliarden Franken weltweit den vierten Platz ein. Und Schweizer Investoren spielen auf dem internationalen Markt für Hedgefonds eine zentrale Rolle. Hedgefonds verfolgen eine spekulative Anlagestrategie. Sie gehen für hohe Gewinne hohe Risiken ein. Jeder siebte Franken, der in London oder New York in Hedgefonds fließt, kommt aus der Schweiz.

Mit der Verschärfung der internationalen Konkurrenz setzt sich in den 1980er-Jahren vermehrt der angelsächsische Neo-Liberalismus durch. Er forciert die Kapitalgewinne und die Rationalisierung der Produktion. Da es mit der Verteilung hapert, nimmt seither in der Schweiz die Erwerbslosigkeit zu. Zudem sinken die freien verfügbaren Einkommen bei einem Teil der niedrigen Lohnkategorien. Die untersten 25 Prozent der Einzelhaushalte hatten im Jahr 2008 real weniger Geld zum Leben als 1998 (Lampard / Gallusser 2011: 5). 400 000 Arbeitnehmende haben heute bei einer 100 Prozent-Anstellung einen Lohn von unter 4000 Franken im Monat (bzw. 22 Franken pro Stunde). Damit verschärft sich die soziale Brisanz. Die Schweiz oligarchisiert sich. Das schränkt demokratische Prozesse ein. Erhebliche Mittel fliessen in Medien, Abstimmungen, Interessenverbände und (vornehmlich) bürgerliche Parteien. Die Finanz- und Wirtschaftskrise führt kaum dazu, mehr soziale Verantwortung wahrzunehmen. Die Finanz- und Grossindustrie konzentrieren ihre Macht – auch global. Die Politik meldet sich zwar etwas stärker zurück. Sie tut dies aber eher unfreiwillig. Wenn die Wirtschaft weniger reüssiert, folgt der Ruf nach der Politik.

Nach dem Zweiten Weltkrieg tendierte der politisch liberale Kompromiss zwischen Kapital und Arbeit zu einem sozialen Ausgleich. Mit dem Aufschwung des angelsächsischen Neoliberalismus verkehrte sich dieser egalisierende Prozess. Seither konzentrieren sich der Einfluss der Grossindustrie und der Banken. Und das demokratische Korrektiv ist nur beschränkt in der Lage, die Polarisierung bei den verfügbaren Einkommen und Vermögen zu begrenzen. Der Einfluss multinationaler Konzerne und Finanzinstitute manifestiert sich auch über Manager. Diese haben zwar nicht das Gewicht einer Bankiersvereinigung oder einer Economiesuisse, sie sind aber sehr einflussreich. Einzelne Manager haben in den letzten Jahren an Macht zugelegt. Mit den Fusionen sind viele Unternehmen grösser und von den Besitzstrukturen her komplexer geworden. Die erhöhte Konkurrenz erfordert mehr operative Durchschlagskraft, rationalisierte Produktion und rigorose Entlassungen. Zudem sind hohe Gewinne und Dividenden gefragt. Das erhöht den Druck auf Manager, die eigentlich Angestellte sind. Trotzdem fungieren sie oft als Eigentümer. Ihnen gehört ein beträchtlicher Anteil der Aktien. Zudem gehören viele Manager zu den Superreichen. Die Generaldirektoren

und Konzernmanager lassen sich nicht streng von den vermögenden Grossaktionären trennen. Beide sind durch die Eigentumsverhältnisse und Privilegien eng miteinander verflochten. Hinzu kommt der gehobene Lebensstil. Er verbindet ebenfalls. Eine eigentliche «Wachablösung» der Vermögenden durch eine eigene «Klasse der Manager» lässt sich jedoch nicht nachweisen.

In der Schweiz geht es heute vorwiegend darum, die extreme soziale Ungleichheit zu beheben. Das gilt auch für die Kluft bei den verfügbaren Einkommen und bei den privaten Vermögen. Zudem ist die soziale Sicherung auszuweiten. Finanzielle Mittel sind genügend vorhanden. Was fehlt, ist der politische Wille. Vordringlich sind daher die Prozesse demokratischer Teilhabe auszuweiten.

Kontakt:

Ueli Mäder, Prof. Dr.
Institut für Soziologie
Petersgraben 27, 4051 Basel
061 267 28 17
ueli.maeder@unibas.ch